

Einfache Anfrage

Einfache Anfrage Philipp Schneider: Stadtentwicklung; Beantwortung

Philipp Schneider reichte am 13. September 2004 die „Einfache Anfrage betreffend Stadtentwicklung“ ein (vgl. Beilage). Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

Zusammenarbeit zwischen der Stadt St.Gallen und Gemeinden der Region hat eine jahrzehntelange Tradition, namentlich im Bereich von Pflichtaufgaben wie der Schule oder der Ver- und Entsorgung. Die Zusammenarbeit ist indes punktuell und es existieren je nach Bereich unterschiedliche Zusammenarbeitsformen und unterschiedliche Perimeter. Es kann, ohne dies allerdings eingehend geprüft zu haben, davon ausgegangen werden, dass eine Fusion der Stadt St.Gallen mit den in der Einfachen Anfrage genannten Regionsgemeinden administrative Vereinfachungen in Gebieten bringen würde, in denen heute auf vertraglicher Grundlage Leistungen erbracht werden. Möglich wären auch eine teilweise Beseitigung von Spillovers, Synergien in der Verwaltung und zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten in einem grösseren Raum. Schliesslich ist auch der Kanton an einem starken Zentrum interessiert.

Der Stadtrat ist offen für einen Dialog über einen Zusammenschluss mit Gemeinden der Region. Zwingende Voraussetzungen für Gemeindefusionen sind aber die Bereitschaft und ein gleichartiges Interesse der beteiligten Gemeinden an einem solchen Zusammenschluss. Entsprechende Signale seitens der Regionsgemeinden fehlen heute; ein eigentlicher Leidensdruck wie 1918 besteht nicht. Damals waren sowohl die „reiche“ Stadt einerseits, welche innerhalb ihres eigenen Gebietes keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr sah, als auch die finanzschwachen Gemeinden Tablat und Straubenzell an einem Zusammengehen interessiert. Heute werden die Gemeinden die langfristigen Perspektiven eines Zusammengehens in einem grösseren Raum sehr eingehend abwägen gegen den Verlust an Überschaubarkeit, Autonomie und Identität. Die Ausgangslage ist auch anders als in Rapperswil und Jona, wo sich zwei ungefähr gleich grosse, schon bisher sehr stark verzahnte Einheiten für eine Fusion entschieden haben. Wenn schliesslich der Verfassungsgesetzgeber die Vereini-

gung von Gemeinden fördern wollte, so dachte er nicht in erster Linie an den Zusammenschluss unterschiedlich grosser, gut funktionierender Einheiten, sondern vorab an kleine Gemeinden, welche alleine nicht mehr in der Lage sind, ihre Aufgaben wirtschaftlich und zweckmässig zu erfüllen und die aufgrund ihrer Grösse auch Mühe haben, politische Ämter zu besetzen.

Zweckmässiger erscheint deshalb, die Strategie einer schrittweise verstärkten Zusammenarbeit in der Agglomeration zu verfolgen, bei der letztlich auch Fusionen von Gemeinden nicht von der Diskussion ausgeklammert werden. Dazu ist aus Sicht des Stadtrates aber notwendig, dass der Kanton für eine koordinierte Entwicklung einer Agglomerationspolitik die strategische Führung übernimmt, wie das auch in verschiedenen anderen Kantonen der Fall ist. Ein entsprechendes Projekt auf Kantonsebene ist initiiert. Der Bericht zum Postulat „Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Agglomerationsgemeinden und der Stadt St.Gallen“ wird Gelegenheit geben, vertiefter auf die sich stellenden Fragen, auch zur Fusion von Gemeinden, einzugehen, als dies - auch nach Auffassung des Fragestellers - in der Antwort auf eine Einfache Anfrage möglich ist.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Einfache Anfrage

